AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEMITTEILUNG

- **Leicht gekürzte Übersetzung**
- **Originalnachricht in Englisch**

16. Dezember 2019

Iran: Tausende willkürlich inhaftiert! Gefahr der Folter bei brutalen Maßnahmen!

- **Tausende wurden verhaftet, darunter 15-Jährige**
- **Gefangene verschwinden und werden gefoltert**
- **Mindestens 304 Demonstranten wurden nach Angaben glaubhafter Quellen getötet**

Die iranischen Behörden ergreifen erschreckende Maßnahmen nach den landesweiten Protesten seit dem 15. November. Sie haben tausende Demonstranten und auch Journalisten, Menschenrechtler und Studenten verhaftet, damit sie nicht über die rabiaten Unterdrückungsmaßnahmen berichten können, sagte heute Amnesty International.

Amnesty hat im Iran mit Menschen gesprochen, die berichteten, dass die Behörden die Gefangenen in Einzelhaft hielten, manche seien gewaltsam entführt worden, es werde gefoltert und anderweitig misshandelt. Mindestens 304 Personen wurden getötet und Tausende verletzt, als die Sicherheitskräfte Waffen einsetzten, so lauten glaubhafte Berichte. Die Behörden weigerten sich, Zahlen zu nennen. „Erschreckende Berichte von Zeugen geben an, dass die Behörden mit ihrem harten Durchgreifen sofort nach den ersten Todesfällen begannen. So wollten sie Furcht verbreiten und die Menschen davon abhalten, über die Vorfälle zu reden," sagte Philip Luther, Abteilungsleiter für den Nahen Osten und Nordafrika von Amnesty International.

Videoaufnahmen bestätigten die Aussagen der Zeugen. Sie zeigten, wie Sicherheitskräfte auf unbewaffnete Demonstranten schossen. Die Geschosse trafen (meist) die Köpfe, den Nacken oder den Herzbereich. Das zeigt, dass die Sicherheitskräfte gezielt töten wollten. Nach UN-Berichten sind unter den Getöteten mindestens 12 Kinder. Amnesty kennt den Fall des 15-jährigen Mohammad Dastankhah, Shiraz, der mitten ins Herz getroffen wurde. Er war gerade auf dem Schulweg und traf dabei auf die Demonstration.

„Statt mit dieser brutalen Unterdrückung fortzufahren, müssten die iranischen Behörden unverzüglich und bedingungslos die willkürlich Inhaftierten freilassen," so Philip Luther. „Die internationale Staatengemeinschaft muss dringlichst eine Sondersitzung des Menschenrechtsrats erreichen, um den Iran wegen der Tötungen der vielen Verhaftungen, dem Verschwindenlassen von Verhafteten und wegen der Folterungen zur Rechenschaft ziehen."

Massenverhaftungen

Am dritten Tag der Demonstrationen, am 17. November, berichteten staatliche Medien. es seien mehr als 1000 Demonstranten verhaftet worden. Ein Sprecher des Parlamentes sprach am 26. November von 7000 Verhafteten. Unabhängige Quellen teilten Amnesty International mit, noch immer würden landesweit Menschen verhaftet. Kinder werden zusammen mit erwachsenen gefangen gehalten. So im Fashafouyeh Gefängnis bei Teheran, das wegen Folterungen bekannt ist. Regierungsbeamte, darunter der Oberste Religionsführer und der Chef des Justizwesens, sagten, die Protestler seien Verbrecher und Aufrührer, sie würden vom Ausland gesteuert. In den staatlichen Medien wurde ihre Hinrichtung gefordert.

(Jetzt folgt die Auflistung einer Reihe von Personen, die über die Demonstranten berichtet bzw. selbst protestiert hatten.)

Einige der Inhaftierten wurden wieder freigelassen, andere blieben in Einzelhaft, Kontakt zu einem Anwalt oder zur Familie wurde verweigert. Anderen werden ärztliche Behandlung und notwendige Medikamente nicht erlaubt.

Folter und Misshandlung

Augenzeugen berichten und Videoaufzeichnungen beweisen, dass einige Gefangene gefoltert und misshandelt wurden, es wurde geschlagen und ausgepeitscht. Einer, der gegen Kaution freigelassen wurde, hatte Blutergüsse und Schnittwunden im Gesicht, er ist so traumatisiert, dass er seine Wohnung nicht mehr verlässt. Ein anderes Video zeigt an den Händen gefesselte Gefangene in der Mali Abad Polizeistation in Shiraz. Sie wurden auf dem Boden liegend geschlagen, gestoßen und getreten.

Ins Rajai Shahr Gefängnis bei Teheran wurden hunderte Gefangener, darunter Kinder, auf Lastwagen gebracht. Auch dort wurden die gefesselten Gefangenen von den Sicherheitskräften getreten, ausgepeitscht und geschlagen. Sicherheitskräfte seien in Krankenhäuser und Gesundheitszentren gekommen, um dort verletzte Demonstranten zu verhaften und sie in Haftzentren zu bringen. Dort wurde ihnen die weitere medizinische Behandlung verweigert.

In einem Krankenhaus in Khuzestan wurden die Ärzte gezwungen, die Namen von neu aufgenommen Patienten herauszugeben. Ein anderer Mann wurde beim Verlassen eines Hospitals verhaftet. Er hatte sich dort eine Wunde versorgen lassen. Er sagte, er habe mehrere Menschen mit Schussverletzungen in dem Zentrum gesehen.

„Die Behörden sind verpflichtet, alle Gefangenen vor Folter und Misshandlung zu schützen. Bei der systematischen Anwendung der Folter im Iran ist es äußerst wichtig, dass UN-Experten sofortigen Zugang zu den Haftzentren und Gefängnissen des Landes zu bekommen," sagte Philip Luther. „Denn ohne den Druck der internationalen Staatengemeinschaft bleiben Tausende dem Risiko on Folter und Misshandlung ausgesetzt."

Verschwindenlassen und Einzelhaft

Amnesty International kennt Dutzende von Fällen, wo Gefangene nur wenigen oder keinen Kontakt zu ihren Familien haben, so dass sie für ihre Angehörigen als verschwunden gelten, eine Straftat nach dem internationalen Recht.

Verwandte berichteten, sie seien auf Polizeistationen gewesen, bei der Staatsanwaltschaft, den Revolutionsgarden und in den Gefängnissen, um nach den Verschwundenen zu suchen. Sie bekamen keine Auskunft. Die Mutter von Angehörigen einer Minderheit, deren Kinder bei einer Durchsuchung verhaftet wurden, berichtete, die Behörden hätten ihr mitgeteilt, sie hätten nicht die Absicht, sie mit Informationen zu versorgen. „Wir können mit deinen Kindern verfahren, wie wir wollen. Wir können sie einsperren und sogar hinrichten. Du kannst gar nichts tun."

Der Kurde Bakhtiar Rahimi ist Gewerkschaftler. Er wurde am 27. November an seinem Arbeitsplatz verhaftet. Seitdem ist er verschwunden. Er leidet an einer Nieren- und Herzerkrankung und benötigt täglich seine Medikamente.

„Die Welt darf nicht schweigen, während die iranischen Behörden fortfahren, schwere Menschenrechtsverletzungen bei ihren skrupellosen Bemühungen zur Niederschlagung der Opposition zu begehen," so Philip Luther.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)

Text im Original

Iran: Thousands arbitrarily detained and at risk of torture in chilling post-protest crackdown

- **Thousands arrested including children as young as 15**
- **Detainees subjected to enforced disappearance and torture**
- **At least 281 protesters killed according to credible sources**

Iran's authorities are carrying out a vicious crackdown following the outbreak of nationwide protests on 15 November, arresting thousands of protesters as well as journalists, human rights defenders and students to stop them from speaking out about Iran's ruthless repression, said Amnesty International today.

The organization has carried out interviews with dozens of people inside Iran who described how, in the days and weeks during and following the protests, the Iranian authorities have held detainees incommunicado and subjected them to enforced disappearance, torture and other ill-treatment.

At least 281 people were killed and thousands were injured between 15 and 18 November as authorities crushed protests using lethal force, according to credible reports compiled by the organization. The Iranian authorities have refused to announce a figure for those killed.

"Harrowing testimony from eyewitnesses suggests that, almost immediately after the Iranian authorities massacred hundreds of those participating in nationwide protests, they went on to orchestrate a wide-scale clampdown designed to instil fear and prevent anyone from speaking out about what happened," said Philip Luther, Middle East and North Africa Research Director at Amnesty International.

Video footage verified by Amnesty's Digital Verification Corps, backed up by witness testimony, shows Iranian security forces opening fire on unarmed protesters who did not pose any risk. The majority of the deaths that the organization has recorded occurred as a result of gunshots to the head, heart, neck and other vital organs indicating that the security forces were shooting to kill.

The UN has stated that it has information suggesting that at least 12 children are among those killed. According to Amnesty International's research, they include 15-year-old Mohammad Dastankhah, who was shot in the heart in Shiraz, Fars province, as he passed by the protests on his way home from school, and 17-year-old Alireza Nouri, who was killed in Shahriar, Tehran province.

"Instead of continuing with this brutal campaign of repression, the Iranian authorities must immediately and unconditionally release all those who have been arbitrarily detained," said Philip Luther. "The international community must take urgent action, including by pressing the UN Human Rights Council to hold a special session on Iran to ensure accountability for the unlawful killings of protesters, horrifying wave of arrests, enforced disappearances and torture of detainees."

Wave of mass arrests

On 17 November, the third day of protests, state media reported that more than 1,000 protesters had been arrested. On 26 November, Hossein Naghavi Hosseini, a spokesperson for Iran's parliamentary committee for national security and foreign policy, said 7,000 people had been arrested. The authorities have yet to provide an official figure.

Several sources independently told Amnesty International that security forces are still carrying out raids across the country to arrest people in their homes and places of work.

Children as young as 15 have been detained alongside adults, including in Fashafouyeh prison, Tehran province, which is notorious for torture and other ill-treatment. Other places where detainees have been held are military barracks and schools.

Various government officials, including the Supreme Leader and the head of the judiciary, have labelled protesters as "villains" and "rioters" and associated protesters with foreign powers. State media has called for the death penalty to be used against protest "leaders".

Also being targeted for arbitrary arrest and detention are journalists, students and human rights defenders, including minority rights and labour rights activists, and people from ethnic minority groups.

Journalist Mohammad Massa'ed was arrested on 23 November after posting a tweet about the near-total internet shutdown imposed by the authorities between 16 November and around 24 November. He was released on bail several days later.
Activist Soha Mortezaei was one of dozens of students arrested during a protest at Tehran University on 18 November. She has been detained without access to her lawyer or family since. Security officials based in the university had previously threatened to torture her with electric shocks and detain her in a mental hospital.
Minority rights activists arrested include Akbar Mohajeri, Ayoub Shiri, Davoud Shiri, Babak Hosseini Moghadam, Mohammad Mahmoudi, Shahin Barzegar and Yashar Piri who were all arrested in their places of work in Tabriz, East Azerbaijan province.
Some prisons and detention centres are now reported to be experiencing severe overcrowding. On 25 November, the head of the city council of Rey in Tehran province expressed concern to reporters that Fashafouyeh prison is extremely overcrowded and has neither the capacity nor the facilities to accommodate such large numbers of detainees.
At least two people who participated in the protests told Amnesty International they are in hiding fearing for their lives and said many others are in a similar situation.
One person said: "I have been in hiding since I was seen and filmed by the security forces at the protests. They beat me with a baton before I escaped. I am now in hiding with a serious leg injury. I am not safe because they have gone to my house to arrest me. My situation right now is no different to being in prison."
While some of those arrested have been released, many remain detained incommunicado, denied access to their families and lawyers. A number of families told Amnesty International they are deeply concerned about loved ones who require access to medical treatment, given the authorities' appalling track record of denying medical care to people in prisons.

Torture and other ill-treatment
Eyewitness accounts and video evidence indicate that some detainees have been subjected to torture and other ill-treatment, including through beatings and floggings. One person said that a family member who was released on bail emerged with bruises and cuts to his face and head and is so traumatized from his experience that he refuses to leave the house.
One video verified and geolocated by the Digital Verification Corps shows handcuffed detainees being taken into the grounds of Mali Abad police station in Shiraz, Fars province, and then beaten, punched and kicked by security forces.
Credible sources have informed Amnesty International that in Raja'i Shahr prison in Karaj, Alborz province, hundreds of detainees, including children, were brought in trucks to the prison. They say that handcuffed and blindfolded detainees have been punched, kicked, flogged and beaten with batons by security forces on a daily basis.
Victims and eyewitnesses have also told Amnesty International that Iranian security forces have raided hospitals and medical centres across the country, arresting injured protesters and transferring them to detention centres, thereby denying them access to potentially life-saving medical care. One source said that intelligence officials forced managers of a hospital in Khuzestan province to provide them with a list of names of newly admitted patients.
Another man described how he was arrested by plain-clothes officers as he was about to be discharged from a hospital in Alborz province after being treated for a gunshot wound to the stomach. He said he saw "many other people with gunshot wounds and other injuries" at the detention centre.
"The authorities have an obligation to protect all detainees from torture and other ill-treatment. Given the systematic use of torture in Iran, it is crucial that UN experts demand immediate access to detention centres and prisons to conduct fact-finding investigations," said Philip Luther. "Without urgent international pressure thousands will remain at risk of torture and other ill-treatment."

Enforced disappearance and incommunicado detention

In dozens of cases reported to Amnesty International, detainees have had little or no contact with their families since their arrest and some have been held in conditions amounting to enforced disappearance, which is a crime under international law.
Relatives have told the organization they have visited police stations, prosecution offices, Revolutionary Courts, prisons and other detention centres to search for loved ones who have been forcibly disappeared but the authorities are refusing to provide them with information.
The mothers of a group of minority rights activists who were arrested during raids in East Azerbaijan province and West Azerbaijan province said the authorities said they had "no intention" to provide them with information. "We can do whatever we want with your children. We can detain them for however long we want, even for 10 years... We will execute them and you will not be able to do anything about it," he said.
Those subjected to enforced disappearance include Kurdish labour rights activist Bakhtiar Rahimi, who was arrested at his place of work in Marivan, Kurdistan province, on 27 November. There has been no news of his fate or whereabouts since. This is especially worrying since he suffers from kidney and heart problems and needs daily medication and specialist health care.
"The world must not stand silently by as the Iranian authorities continue to commit widespread human rights violations in their ruthless bid to crush dissent," said Philip Luther.
Ends/